

DIE HERAUSGABE WURDE VON FOLGENDEN
KOOPERATIONSPARTNERN UNTERSTÜTZT:

 **Renner**Institut

 **Internetoffensive**
ÖSTERREICH

 **ÖSTERREICH**
2020 NEUE AUFGABEN
NEUE ANTWORTEN
NEUE ALLIANZEN


Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband Wien

Der digitale Wohlfahrtsstaat

Beiträge zur Überwindung der digitalen Kluft

IMPRESSUM:

ISBN: 978-3-902672-25-4

© 2010 echomedia buchverlag ges.m.b.h.

Herausgeber: Marcin Kotlowski

Produktion: Ilse Helmreich

Produktionsassistentz: Brigitte Lang

Layout: Elisabeth Waidhofer

Lektorat: Roswitha Singer-Valentin

Herstellungsort: Wien

Marcin Kotlowski (Hg.)

Inhalt

VORWORTE

Begleitwort des Herausgebers Marcin Kotlowski	10
Die digitale Kluft verhindern Werner Faymann	12
Wissensgesellschaft für alle Doris Bures	16
E-Government als Potenzial in Österreich Josef Ostermayer	21
Auf dem Weg zum digitalen Wohlfahrtsstaat Josef Cap	26

DIGITALE POTENZIALE

Für eine eigenständige europäische Elektronikindustrie Monika Kircher-Kohl, Johannes Hochstetter	32
Die Zukunft ist digital Hannes Ametsreiter	43

Neues Wissen für neue Jobs Petra Jenner	52	DIGITALE SICHERHEIT	
Nachhaltig wirtschaften – verantwortlich handeln Leo Steiner	58	Data Retention – Probleme von Daten auf Vorrat August Reschreiter, Maria-Theresia Röhler	166
Potenziale für einen Wohlfahrtsstaat 2.0 Maximilian Maier	71	Urheberrecht im digitalen Wohlfahrtsstaat Florian Philapitsch	175
Die Zukunft der Stromwelt ist smart Reinhard Brehmer, Wolfgang Orasch	82	Datenschutz als Grundrecht und Fundament Johann Maier	187
Das Internet von morgen braucht unternehmerische Vielfalt Andreas Koman, Andreas Wildberger	92	DIGITALE RAHMENBEDINGUNGEN	
Parameter aus Arbeitnehmersicht Gerhard Fritz	106	E-Government – Instrument im Wohlfahrtsstaat Manfred Matzka	206
DIGITALE GEMEINSCHAFTEN		Rahmenbedingungen der Infrastrukturpolitik Alfred Ruzicka	214
Der Mythos vom Digitalen Eingeborenen Lena Doppel	112	Leben in einer kreativen Wissensgesellschaft Georg Serentschy	233
Mehr Demokratie dank Social Media? Wolfgang Zeglovits	120	Europäische Perspektiven der fortschreitenden Vernetzung Gregor Schönstein	242
Alles Social! Daniela Feuersinger, Roland Vidmar, Marko Zlousic	129	Rolle der Regulierung Mathias Grandosek	252
Der doppelte Digital Divide: Nutzer und Nichtnutzer Karoline Simonitsch	138	Regulatorischer Rahmen im Breitbandwettbewerb Stefan Köhler	264
IKT-Wirtschaft – Neue Chancen und Herausforderungen Barbara Novak	146	Internetgesellschaft als Politikfaktor der letzten Jahre Marcin Kotlowski	277
Die digitale Stadt – Mythen und Herausforderungen Claus Hofer	152	Autorenverzeichnis	293

**Begleitwort des
Herausgebers**
von Marcin Kotlowski

10

Warum jetzt ein Buch zum Thema „Digitaler Wohlfahrtsstaat“? Dafür gab es mehrere ausschlaggebende Gründe. Der Wohlfahrtsstaat ist ein Modell, das gerade in Österreich zu einer Erfolgsgeschichte wurde und notwendige, kompensierende und fördernde Rahmenbedingungen ermöglicht, die für alle Menschen bessere Lebensbedingungen bedeuten. Die Digitalisierung schreitet voran und in Österreich sind zuletzt mehrere Schritte gelungen, die einen „digitalen Wohlfahrtsstaat“ voranbringen werden: Im Februar 2010 konnte mit einer parlamentarischen Enquete ein Prozess abgeschlossen werden, der im April 2007 begonnen hatte: Die Fraktionelle Arbeitsgruppe Kommunikationstechnologie (FAKT) der SPÖ hat das Positionspapier im Themenbereich Kommunikations- und Informationstechnologien im Parlament vorgelegt.

Parallel wurde im aktuellen Regierungsprogramm ein eigenes Kapitel „Telekommunikation“ verankert, das unter anderem die Notwendigkeit der „Einrichtung eines erweiterten Kompetenzzentrums für Informations- und Kommunikationstechnologien mit Regierungsauftrag“ beinhaltet. Danken möchte ich an dieser Stelle deshalb insbesondere Werner Faymann, unter ihm als Technologieminister und in weiterer Folge als Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender wurde dieser Fortschritt innerhalb der SPÖ ermöglicht und forciert. Diese Vorarbeiten haben weitere Früchte getragen, die ebenfalls im Februar sichtbar geworden sind und über die ich mich als eines der Gründungsmitglieder der Arbeitsgruppe FAKT sehr freue: Am 9. Februar 2010 wurde im Ministerrat die Einrichtung des österreichischen „Kompetenzzentrums Internetgesellschaft“ verab-

11

schiedet, das die Bemühungen der Bundesregierung fokussieren und voranbringen wird. Damit wurde dieses Ziel im Regierungsprogramm umgesetzt. In Zukunft müssen dem Ministerrat alle sechs Monate Fortschritte und Maßnahmen im Bereich der österreichischen Informations- und Kommunikationstechnologien vorgelegt werden. Damit ermöglicht die österreichische Bundesregierung eine notwendige Fokussierung. An diesem Tag hat auch die Internetoffensive Österreich ihren Arbeitsprozess abgeschlossen, die „Österreichische Internetdeklaration“ wurde von Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll entgegengenommen. Am 27. April 2010 haben Infrastrukturministerin Doris Bures und Medienstaatssekretär Josef Ostermayer die grundsätzliche Entscheidung für die Vergabe der Digitalen Dividende an den Mobilfunk in Österreich bekannt gegeben, dadurch wird vor allem der ländliche Raum eine bessere Anbindung an Breitbandinfrastruktur bekommen.

Dieses Buch ist deshalb eine Dokumentation dieser Fortschritte und gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit einer ständigen Weiterentwicklung. Es steht am Beginn einer hoffentlich umfassenderen Reihe von Publikationen, die den inhaltlichen und programmatischen Dialog verbreitern soll und Anregungen für weitere politische Bemühungen geben wird. Einige der Frontkämpferinnen und Frontkämpfer für den digitalen Wohlfahrtsstaat und seine Weiterentwicklung in Österreich haben sich bereit erklärt, als Autoren für dieses Buch zur Verfügung zu stehen. Ich danke allen Expertinnen und Experten, die uns ihr Know-how zur Verfügung stellen, gerade in den letzten Monaten war ihr Zeitbudget mehr als strapaziert.

Aufgabe dieses Buches ist es nicht, endgültige Antworten zu geben. Sehr engagierte Menschen bringen ihre persönliche Meinung zum Ausdruck. Ziel ist es, Diskurswege aufzuzeigen, Know-how zu induzieren und Menschen in Österreich zusammenzubringen, die sich mit der Entwicklung unserer Wissensgesellschaft beschäftigen. Abschließend möchte ich mich bei Josef Ostermayer bedanken, ihm verdanke ich neben der tagtäglichen, befruchtenden inhaltlichen Zusammenarbeit die Möglichkeit, ein Projekt wie dieses überhaupt umzusetzen.

M. Kotlowski
Wien, im Mai 2010

Die digitale Kluft verhindern

von Werner Faymann

12

Als vor mehr als 20 Jahren das Internet entwickelt wurde, konnte niemand auch nur im Entferntesten erahnen, welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen die Popularisierung des World Wide Web mit sich bringen würde. Heute kann man davon sprechen, dass das Internet zum Rückgrat unserer Informations- und Wissensgesellschaft geworden ist. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger holen sich wie selbstverständlich Informationen aus dem Netz, erledigen ihre Bankgeschäfte und zunehmend auch ihre Einkäufe über das Internet. Und für die „Digital Natives“, also jene, die mit Computer und Internet aufwachsen, sind der virtuelle Raum, die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter längst Teil ihrer Realität.

Der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist auch in Zeiten der größten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren eine Wachstumsbranche und der wichtigste Konjunkturmotor. Die neuen Technologien sind mit rund 50 Prozent die wichtigste Quelle für Produktivitätswachstum innerhalb der Europäischen Union. Ohne Informationstechnologie werden wir die zentralen Herausforderungen der Zukunft, wie wirksame Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz, nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, Verkehr, Transport und Logistik oder den demografischen Wandel, nicht bewältigen können. Mit dem deshalb kürzlich

13

vorgestellten „Kompetenzzentrum Internetgesellschaft“ wollen wir koordinierte Schritte für die Entwicklung des „digitalen Wohlfahrtsstaates“ setzen. Unser Ziel muss sein, allen Bürgerinnen und Bürgern die Chancen zu eröffnen, an den vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Technologien und ihrer Anwendungen zu partizipieren. Die Politik der digitalen Integration muss dabei die Informations- und Kommunikationstechnologien als Instrumente begreifen, deren sinnvoller Einsatz zu mehr Chancengleichheit, Zugewinn an persönlicher Freiheit und mehr sozialem Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft beitragen kann. Für jeden Einzelnen von uns verstärkt sich der Trend, dass ohne digitale Kompetenz, also ohne Computer- und Internetkenntnisse, in vielen Bereichen Nachteile entstehen können. Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass ihre Beschäftigten diese vierte Kulturtechnik beherrschen, wollen sie Produktivitätssteigerungen und damit Wachstum generieren. Damit ist aber auch klar, dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch von guten Kenntnissen im Bereich der Informationsverarbeitung abhängen werden. Im schlimmsten Fall entsteht eine digitale Spaltung zwischen jenen, die an der Informations- und Wissensgesellschaft teilhaben, und denjenigen, die davon ausgeschlossen sind.

Die Europäische Kommission hat bereits Ende 2007 eindringlich davor gewarnt, dass 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung von den Möglichkeiten, die sich durch Informationstechnologie ergeben, ausgeschlossen bleiben, wenn keine entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. In Österreich sprechen wir deshalb vor allem bildungsfernere, einkommensschwächere, ältere und sozial benachteiligte Menschen an, um sie vor dem digitalen Ausschluss, dem Digital Divide, zu bewahren. Wir wissen, dass ohne diese Maßnahmen existierende Diskriminierungen in Bezug auf Geschlecht, Alter, Herkunft, Schulbildung und Einkommen verstärkt werden. Untersuchungen weisen überdies darauf hin, dass in Zukunft der Zugang zu Informationstechnologien selbst nicht mehr allein maßgeblich sein wird. Die Trennlinie wird vielmehr zwischen jenen verlaufen, die dank guter Bildung und Wissen moderne Technologie nutzen können, und denjenigen, die aufgrund von Bildungsdefiziten keinen oder nur eingeschränkten Gebrauch von diesen machen können. Hier sind alle Bildungseinrichtungen, von den Schulen bis zu den Institutionen der Erwachsenen- und Weiterbildung, gefordert. Hier müssen wir weiter an Strategien arbeiten, um an jene Menschen heranzukommen, die wir nicht mehr in den Schulen oder in anderen Ausbildungseinrichtungen ansprechen können. Dabei ist es mir wichtig, dass die Haushalte und Familien im ländlichen Raum einen entsprechenden Zugang zu Breitbandinfrastruktur erhalten. Mit dieser Aufgabe ist

das Kompetenzzentrum Internetgesellschaft betraut. Darüber hinaus verstärken wir unsere Bemühungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung, die bestehenden elektronischen Dienste noch stärker an den Bedürfnissen der Unternehmen und Bürger zu orientieren. One-Stop-Shop-Angebote der Verwaltung werden ebenso forciert wie die elektronische Zustellung im Bereich der Behörden und der Wirtschaft, um eine generelle Durchgängigkeit der elektronischen Dienste und Angebote der öffentlichen Verwaltung zu erreichen. Österreich konnte sich

gerade im Bereich der elektronischen öffentlichen Verwaltung als Innovationsmusterland etablieren, das weit über die Grenzen der EU hinaus Anerkennung und Interesse hervorruft. So liegen wir etwa im EU-weiten E-Government-Ranking an der Spitze. Dennoch gibt es in der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger noch erhebliches Potenzial, das Angebot an Diensten und die Infrastruktur müssen weiterentwickelt werden.

Die Europäische Kommission hat vor kurzem ihre „Europäische Digitale Agenda“, die Strategie für die nächsten fünf Jahre, veröffentlicht. Diese Digitale Agenda wird eine der zentralen Säulen der „Europa 2020“-Initiative der Europäischen Union sein. Österreich setzt sich in den verschiedenen Gremien ganz besonders dafür ein, dass die grundsätzliche Fokussierung und Kopplung des IKT-Themas mit Wachstum und Beschäftigung beibehalten wird und dass insbesondere Maßnahmen zur digitalen Integration gesetzt werden. Zugleich haben wir aber wiederholt darauf hingewiesen, dass die diversen Maßnahmen auf die unterschiedlichen Bedürfnislagen der Mitgliedstaaten und der Regionen stärker als bisher eingehen müssen. Die Finanzmarktkrise und ihre dramatischen Auswirkungen auf Europas Realwirtschaften haben uns vor Augen geführt, dass nur ein kooperatives und entschlossenes Handeln aller Partner der Weg sein kann, um erfolgversprechende und nachhaltige Antworten auf die Krise zu entwickeln. Trotz massiver Konjunkturprogramme – Österreich zählt hier zu den europäischen Vorreitern – müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen, um den bereits eingeleiteten Strukturwandel von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft produktiv nutzen zu können. Die notwendige Verwaltungsreform beschleunigt das Aufzeigen möglicher Einsparungen und Verbesserungen. Angesichts der äußerst restriktiven Budgetlage bedarf es einer noch stärkeren Prioritätensetzung: Die bereits angesprochenen Lösungen für die Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum sind hier ebenso zu nennen wie Programme und Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Gesundheit und Energieeffizienz.

Österreich muss seine Stärken ausspielen: So wie wir uns in Europa für das Eindämmen von Spekulation und die Errichtung neuer Regulierungsstandards einsetzen, um die negativen Einflüsse der globalen Vernetzung zu schwächen, müssen wir die positiven Einflüsse stärken und bei Forschung, Technologie und Innovation eine führende Rolle einnehmen.

Werner Faymann
Bundeskanzler

**Wissengesellschaft
für alle**
von Doris Bures

16

Hat die ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts die Wichtigkeit von Bildung mit dem treffenden Schlagwort „Wissen ist Macht“ zusammengefasst, so gilt heute, was der spanische Soziologe Manuel Castells bereits vor knapp zehn Jahren erkannt hat: In der Gegenwart ist es der Zugang zu Informationstechnologien, der auch über den Zugang zu Wohlstand, Wissen und Macht entscheidet. In den Industrienationen leben mehr als 50 Prozent der Erwerbstätigen von Dienstleistungen, deren Grundlage Informationen darstellen. Prognosen gehen davon aus, dass dieser Anteil noch drastisch weiter steigen wird. Damit wird der Umgang mit Informationen von der Recherche bis zur Präsentation samt den dazwischen liegenden Schritten immer wichtiger und der Zugang zu Informationen wird oder ist bereits der entscheidende Faktor in der Wirtschaft. Doch über die Wirtschaft hinaus ist es auch für das gesamte Sozialgefüge notwendig, dass ein freier, gleicher und nutzbarer Zugang zu Information und damit Wissen für alle Bevölkerungsschichten möglich ist und auch genutzt wird.

Die Voraussetzung für eine umfassende Informationsgesellschaft ist also einerseits eine vorhandene und verfügbare Infrastruktur, doch auch andererseits deren Nutzung. Diese Nutzung wiederum hängt von mehreren, oft miteinander verbundenen Faktoren wie Preis, Handhabung, Sicherheit und Vertrauen und natürlich auch vom erkennbaren Vorteil für den Einzelnen ab.

17

Als Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie habe ich in meinem Ressort neben den infrastrukturellen und betrieblichen Herausforderungen der Mobilität von Menschen und Waren unter anderem auch die infrastrukturellen Herausforderungen der Mobilität von Datenpaketen mitzuverantworten. In diesem Zusammenhang heißt das Gesamtziel: „Wissengesellschaft für alle“. Dieses Ziel erfordert natürlich eine Reihe von koordinierten Aktionen, welche die Bereiche der Infrastruktur, der Nutzung, der Organisation und der Bewusstseinsbildung umfassen. Als eine der wesentlichsten Voraussetzungen jedoch benötigt der digitale Wohlfahrtsstaat ein Rückgrat aus leistungsfähigen, innovativen und preiswerten Kommunikationsverbindungen, um die Möglichkeiten dieser Technologie auch tatsächlich umsetzen zu können. Dies bedeutet, dass einerseits die Preise für die Nutzer leistbar sein müssen und gleichzeitig genug Anreize für Anbieter bieten, damit weitere Investitionen getätigt werden, und andererseits auch Faktoren wie Wissen um den Umgang mit neuen Technologien und eine ausreichende Anzahl von digitalen Angeboten vorhanden sind. Es ist mir ein Anliegen, dass die heute noch existierende digitale Kluft weiter verringert wird, wobei diese Kluft zwischen der jüngeren und älteren Generation am stärksten ausgeprägt ist. Dies ist umso bedauerlicher, als gerade die ältere Generation von den Möglichkeiten der Technologie, die räumliche Entfernungen überbrücken kann, mehr profitieren könnte, als es das derzeitige Nutzungsverhalten erlaubt. Hier geht es jedoch nicht nur um die Verfügbarkeit der Technologie, hier werden auch Fragen der Nutzerfreundlichkeit und Einfachheit in der Handhabung angesprochen. Im Mobilfunkbereich haben Seniorenhandys den Weg geebnet, um auch älteren Personen die Handhabung dieser Technologie zu erleichtern. Bei der Nutzung von Computern werden zwar im Bereich der Forschung schon Lösungen erarbeitet, eine Marktdurchdringung ist jedoch noch nicht erkennbar.

Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) mit der daraus entstandenen Internetstruktur wird von vielen Experten mit der Erfindung des Buchdrucks im 15. Jahrhundert verglichen – manche sprechen von der vierten Kulturtechnik neben Lesen, Schreiben und Rechnen; die meisten Experten gehen davon aus, dass der dadurch ausgelöste Veränderungsprozess erst am Anfang steht. Unstrittig ist, dass die Informations- und Kommunikationstechnologie und damit auch die dafür erforderliche Infrastruktur von zentraler Bedeutung für die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum sind. Ähnlich der Produktionsfunktion von Unternehmen, welche darstellt, von welchen Inputfaktoren der Output und wie abhängt, lässt

sich auch eine Produktionsfunktion für die Gesamtwirtschaft erstellen. Dabei ist neben Kapital und Arbeit der technische Fortschritt der zentrale Faktor, der das Wirtschaftswachstum beeinflusst, und dieser technische Fortschritt wird ganz wesentlich von den Informations- und Kommunikationstechnologien und den dadurch ermöglichten Diensten und Anwendungen mitbestimmt. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Kommunikationsdiensten ist dabei ein

zweifacher. Moderne, innovative Dienste führen bei Unternehmen und Privaten insbesondere zu höherer Effizienz, vertiefter Interaktion und damit Arbeitsteilung und auch zu neuen Möglichkeiten der Vermarktung. Dabei hängt die Geschwindigkeit, mit der Unternehmen und auch Private diese Leistungen annehmen, wesentlich vom Preisniveau ab. Dieses Preisniveau ist in der IKT-Branche, wegen ständig neuer Technologien und auch wegen der auf Unterstützung des Wettbewerbs ausgerichteten Regulierung des Kommunikationsmarktes, seit Jahren rückläufig und hat damit eine inflationsdämpfende Wirkung. Damit ist aber auch die Absorptionsgeschwindigkeit der Kommunikationsdienste höher, als sie es wäre, wenn diese einen steigenden Preistrend aufweisen würden.

Gerade dieser doppelte Effekt leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung und zur Absicherung des österreichischen Standorts. Doch muss die Entwicklung des IKT-Bereichs, und dort insbesondere des Bereichs des Breitbandes, im internationalen Vergleich gesehen werden. In allen Industriestaaten und auch in den Schwellenländern findet derzeit eine Breitbandentwicklung, manchmal auch „broadband race“ genannt, statt, welche die breitbandige Vollvernetzung der Bevölkerung als Ziel hat. Diese Vernetzung ist eine der Voraussetzungen für die Erbringung der Dienste der Informationsgesellschaft und damit die Basis für jedwede wirtschaftliche Tätigkeit. Die österreichische Ausgangslage ist ermutigend und zeigt, dass die bislang gesetzten Maßnahmen greifen. Fast 97 Prozent der Österreicher zwischen 16 und 24 Jahren nutzen das Internet, bei der Altersgruppe 65 bis 74 Jahre sind es zwar nur 21,4 Prozent, jedoch insgesamt betrachtet nutzen 71,6 Prozent der Österreicher ab 16 Jahren das Internet. So nutzen beispielsweise 39 Prozent das Internet für Interaktionen mit Behörden und Ämtern und 41 Prozent zum Zwecke des Online-Shoppings. Etwa 70 Prozent der privaten Haushalte haben einen Internetzugang, 58 Prozent davon über Breitband. Ende 2009 gab es in den österreichischen Haushalten etwa 1,2 Millionen Festnetz-Breitbandanschlüsse und etwa 1,18 Millionen mobile

Breitbandanschlüsse. Diese Zahlen zeigen, dass insbesondere die Liberalisierung des Mobilfunks in Österreich zweifelsfrei ein großer Erfolg war. Sowohl die Durchdringung als auch die Entwicklung der Endkundenpreise haben die gewünschten Ergebnisse der Liberalisierung gebracht. Der Markt ist heute einer der kompetitivsten und benötigt nur noch geringe Regulierungseingriffe. Der Erfolg zeigt sich auch deutlich im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten bei der Durchdringung mit mobilen Internetzugängen, wo Österreich den ersten Platz belegt. Dessen ungeachtet gilt es auch in der Zukunft, diese Entwicklung weiterhin zu unterstützen und die Grundlagen künftiger Erfolge zu legen. Durch die Ende April 2010 von mir mitgetragene Entscheidung, die frei werdenden Frequenzen der Digitalen Dividende – also jene Frequenzen, die durch die Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen frei werden – der Nutzung für flächendeckenden Breitbandmobilfunk zur Verfügung zu stellen, wurde ein klarer Rahmen geschaffen, der die Grundlage für Investitionen und damit für neues Wachstum und Beschäftigung ist. Österreich gehört hiermit zu den Ländern, die diese Entwicklung schon frühzeitig vorantreiben.

Auch im Festnetzbereich wurden wichtige Schritte gesetzt, die eine Weiterentwicklung der Infrastruktur unterstützen. So hat die Novelle des Telekommunikationsgesetzes 2009 zum raschen Ausbau der Glasfaser-Breitbandtechnologie beigetragen. Inhaltlich kommen die Änderungen allen Telekommunikationsunternehmen, die ihre Netze ausbauen, zugute, und damit wird die Gesamtwirtschaft unterstützt, die bei der Erbringung ihrer Leistungen auf innovative und preiswerte Technologien zurückgreifen kann. Konkret wurde die Kooperation zwischen Infrastrukturanbietern erleichtert, was zu positiven, unmittelbar beschäftigungswirksamen Impulsen bis hin zur Bauwirtschaft geführt hat. So hat unmittelbar nach dieser Änderung ein Telekom-Anbieter angekündigt, 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Kommunikationsnetze investieren zu wollen. Für abgelegene Gebiete, in denen aus wirtschaftlichen Gründen ein Infrastrukturausbau durch Unternehmen allein nicht erfolgen wird, erarbeitet mein Ressort ein Förderprogramm, welches mit Fördermitteln von EU, Bund und Bundesländern Anreize schafft, auch in diesen Gebieten Investitionen zu tätigen. Für die nächsten Jahre stehen vorerst 30 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen der Hochleistungsbreitbandausbau angeregt werden wird. Mit dem Konjunkturbelebungs paket I wurden weitere zehn Millionen Euro an Budgetmitteln bereitgestellt, um die Nutzung von Breitband durch die Unterstützung bei der Einführung von Anwendungen und Diensten auf Breitbandbasis im öffentlichen Interesse zu fördern. Die Umsetzung erfolgt durch das Förderprogramm

„austrian electronic network“, kurz AT:net Phase 2, mit dem bereits nachhaltig wirksame Konjunkturimpulse ausgelöst wurden. Das im Regierungsübereinkommen vereinbarte IKT-Kompetenzzentrum mit Regierungsauftrag wurde im Februar 2010 als Kompetenzzentrum Internetgesellschaft errichtet und hat bereits die Arbeit aufgenommen. In diesem Kompetenzzentrum werden Verwaltung und Industrie zusammenarbeiten und die erforderlichen weiteren Schritte festlegen.

Hier macht die Politik der Wirtschaft das Angebot, gemeinsam an einer Verbesserung der IKT-Stellung Österreichs zu arbeiten, da nur über eine gemeinsame Herangehensweise ein überdurchschnittlicher Erfolg erreicht werden kann.

Doris Bures

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

**E-Government als
Potenzial in Österreich**
von Josef Ostermayer

Die Informationsgesellschaft hat unsere Arbeits- und Freizeitwelt stark verändert, Soziologen vergleichen diese Veränderungen mit der Situation der Umwälzungen am Ende des 18. Jahrhunderts, die mit den Methoden Frederick Taylors und der Fließbandarbeit verbunden waren. Die Frage „Haben Sie gestern das Internet genutzt?“ beantworten im Vergleich zum Jahr 2001 heute mehr als doppelt so viele Menschen mit Ja, eine Steigerung um 110 Prozent.

Die neuen Medien haben bisherige Medienformen wie Zeitungen oder Magazine, TV und Radio jedoch nicht verdrängt, in erster Linie hat sich die Dauer der täglichen Mediennutzung verlängert: In den letzten zehn Jahren ist der tägliche Medienkonsum von sechseinhalb Stunden auf acht Stunden am Tag gestiegen, nahezu der gesamte Anstieg ist auf das Internet zurückzuführen. Rund eineinhalb Stunden am Tag werden derzeit durchschnittlich online verbracht. Dabei werden zunehmend mehrere Medien parallel genutzt – am Abend wird TV geschaut oder Radio gehört, nebenbei werden E-Mails geschrieben oder Facebook-Profile zum Leben erweckt. Ziel dieses Buches ist es deshalb, Gedankenanstöße für die Weiterentwicklung der Rahmenbedin-

gungen für die heutige Informationsgesellschaft aufzuzeigen. Ein zukunftsorientierter „digitaler Wohlfahrtsstaat“ muss umfassende Angebote effizienter und hochqualitativer öffentlicher Leistungen für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger anbieten können. Anwenderorientierte Informations- und Kommunikationstechnologie wird die Realisierung leistungsfähiger Dienste vereinfachen. In der öffentlichen Verwaltung verfolgen wir einen integrativen Ansatz: Wir orientieren uns am Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger und wollen Effizienz und damit eine Zeitersparnis durch anwendungsfreundliche und leicht verständliche Lösungen ermöglichen, wie auf dem Portal HELP.gv.at. Der Ausbau und die konsequente Umsetzung der elektronischen Behördendienste gehören zu den Prioritäten der österreichischen Bundesregierung. Im Bundeskanzleramt wird die österreichische Entwicklung im Bereich des E-Governments, der elektronischen Verwaltung, koordiniert.

Durch die Einbindung aller Gebietskörperschaften, also von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, in Kooperation mit der Wirtschaft werden Projekte, Strategien und Richtlinien gemeinsam geplant, abgestimmt und umgesetzt. Dies war und ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für den Erfolg Österreichs im internationalen Vergleich. Das im Februar 2010 neu eingerichtete „Kompetenzzentrum Internetgesellschaft“ kümmert sich darüber hinaus um eine gemeinsame Vorgehensweise der österreichischen Bundesregierung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Österreich ist in den letzten Jahren zum elektronischen Vorzeigeland geworden. Im November 2009 wurden wir in Malmö im Rahmen der European eGovernment Awards als eines von fünf Gewinnerländern ausgezeichnet. Über 250 Einreichungen aus 31 Ländern standen im Wettbewerb, wir haben uns mit dem Projekt „Europäischer Zahlungsbefehl (EU-OPA)“ durchgesetzt. Auch beim landesweiten E-Government-Angebot liegt Österreich im Jahr 2009 an der Spitze der EU-Länder, 100 Prozent der untersuchten Dienste waren online verfügbar, der die Reife des Angebots angegebene Indikator „Online Sophistication“ lag bei 99 Prozent. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir mit gezielten Maßnahmen auf der Ebene der Nationalstaaten und auf der Ebene der Europäischen Union gegen drohende Arbeitslosigkeit ankämpfen und unsere Initiativen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung intensivieren.

E-Government kann dabei mithelfen und muss im Sinne der Überwindung der digitalen Kluft und besseren Möglichkeiten der „e-Inclusion“ umfassend betrachtet werden. Dabei müssen mehr Chancengleichheit, mehr persönliche Freiheit und mehr sozialer Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft gefördert werden, auf ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und wirtschaftlich schlechter Gestellte müssen wir besondere Rücksicht nehmen.

Aber wir sind noch lange nicht am Ziel: Wir wissen, dass große Teile der Bevölkerungen, zwischen 30 Prozent und 50 Prozent, in den EU-Mitgliedstaaten im Alltag von der Informations- und Wissensgesellschaft ausgeschlossen sind. Wenn wir berücksichtigen, dass die Fähigkeit, mit neuen Technologien umzugehen und entsprechende Angebote umfassend nutzen zu können, vor allem im Berufsleben zu einer Notwendigkeit geworden ist, wird klar, wie wichtig Maßnahmen in diesem Bereich sind, um zukünftigen Generationen möglichst breite Chancen zu bieten. Wir können es uns weder aus sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer, noch aus gesellschaftspolitischer oder demokratiepolitischer Perspektive leisten, großen Teilen der Bevölkerung keinen entsprechenden Anschluss an den Fortschritt der Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Dabei müssen in zwei wesentlichen Bereichen – bei der Infrastruktur und bei der Verfügbarkeit innovativer Dienste – Fortschritte erreicht werden. Im Bereich der Infrastruktur haben wir deshalb auf Basis einer Studie festgelegt bei der Vergabe der Digitalen Dividende im Band 790 bis 862 MHz in Österreich zugunsten der Verwendung für Mobilfunk zu entscheiden, um eine stärkere Verfügbarkeit von Breitbandanbindungen im ländlichen Raum zu erreichen.

Bei Anwendungen erfolgen in Österreich bereits jetzt in vielen Bereichen die Antragstellung an die Behörde, die darauf folgende interne Bearbeitung bis hin zur Zustellung der Erledigung auf rein elektronischem Weg ohne Medienbruch. Das spart Zeit und Ressourcen. Mit dem „elektronischen Amtshelfer“ help.gv.at haben wir eine behördenübergreifende Informationsplattform etabliert, die umfassend über Amtswege in Österreich informiert und in vielen Fällen auch gleich die elektronische Erledigung zulässt. help.gv.at versteht sich als Drehscheibe zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern, wobei Kriterien wie Transparenz, Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und die Konzentration auf das Wesentliche im Vordergrund stehen. Bei der Gestaltung von help.gv.at wurde besonders auf Benutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit für benachteiligte Menschen geachtet. Dafür erhielt HELP die renommierte Auszeichnung „Goldene BIENE“

in der Kategorie „Komplexe Einkaufs- und Transaktionsangebote“. help.gv.at bietet eine Navigation auf Basis des „Lebenslagen“-Konzepts – Arbeit, Bildung, Partnerschaft, Finanzen, Wohnen sind beispielsweise zentrale Bereiche. Bei der Umsetzung aller Inhalte wurde auf eine intuitive und schnelle Orientierung großer Wert gelegt. Die Plattform verfügt über eine geräteunabhängige Bedienung, Hilfeseiten sowie ausgewählte Themen werden darüber hinaus durch Gebärdenvideos ergänzt. Die Nutzungsquoten sind stetig steigend. So wurden in den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 über 1,15 Millionen Zugriffe gezählt.

Um Anfragen in diesem Ausmaß zu bedienen, wären rund 100 parallel laufende Amtsschalter notwendig, die an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden am Tag geöffnet hätten.

Es soll und kann jedoch keinen Zwang zu Computer und Internet geben, wenn Bürgerinnen und Bürger die Dienste der öffentlichen Verwaltung nicht in Anspruch nehmen wollen. Die Möglichkeit, verschiedene Kanäle für Behördenwege zu nutzen, entspricht einem zentralen Grundsatz unserer Strategie: Der Bürger kann frei entscheiden, welcher Kommunikationsweg bevorzugt wird. Für den Bereich der Unternehmen stellen wir seit Beginn des Jahres 2010 das Unternehmensserviceportal www.usp.gv.at zur Verfügung, das auf dem bisherigen „help-business“-Bereich aufbaut und ein elektronischer One-Stop-Shop für Unternehmerinnen und Unternehmer ist. Der schrittweise Ausbau gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen wird eine bedeutende Entlastung für Unternehmen bringen.

So wie die Internetplattform help.gv.at in der virtuellen Welt Serviceleistungen, bietet das Servicezentrum von help.gv.at eine persönliche Beratungsstelle am Ballhausplatz in Wien an. Das Team des Servicezentrums berät zu E-Government-Themen, Bürgerinnen und Bürger können sich die Bürgerkartenfunktion auf ihrer E-Card oder ihrem Handy kostenlos aktivieren lassen und verfügen damit über die „Zutrittskarte“ zu elektronischen Verwaltungsservices. Unabhängig davon, ob es sich um das Anmelden zu einem elektronischen Zustelldienst oder beispielsweise die Nutzung von FinanzOnline, dem elektronischen Verfahren der Finanzverwaltung, handelt. Im Servicezentrum wird persönliche Hilfe und Beratung bei ersten Erfahrungen mit elektronischen Amtswegen angeboten.

Österreich zählt auch im Bereich des Managements elektronischer Identitäten zu den führenden europäischen Staaten. Diese Position konnte kürzlich mit der Entwicklung einer Lösung für qualifizierte elektronische Signaturen mittels Mobiltelefon – „Handy-Signatur“ – unterstrichen werden. Ein wichtiger Vorteil elektronisch signierter und zugestellter Dokumente besteht auch darin, dass diese für Menschen lesbar sind, denen das bislang in der „Papierwelt“ erschwert bzw. sogar verwehrt war. Blinde und sehbeeinträchtigte Personen können selbständig elektronische Dokumente lesen und mittels elektronischer Signatur unterzeichnen. Die Digitalisierung ist damit Grundvoraussetzung für ein selbständiges Lesen und Handeln. Das Elektronische Aktensystem (ELAK) wird derzeit bereits von mehr als 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den österreichischen Bundesministerien genutzt. Das ist ein großer Schritt in Richtung einer „papierarmen“, vollständig elektronischen und damit sparsamen Verwaltung. Weiters erlaubt die elektronische Bearbeitung des Akts auch eine sofortige elektronische Zustellung von behördlichen Schriftstücken, die jetzt zunächst zwischen allen Behörden und in weiterer Folge auch für Bürger ermöglicht wird.

Das Metronom unserer Zeit schlägt zunehmend parallel zur Taktfrequenz von Computern. Geschichten zu erzählen, neue, kreative und emotionale Ideen zu haben, das werden wir jedoch immer besser können als jeder Mikroprozessor. Das sollte uns dazu anhalten, sie kreativ zu nutzen.

Dr. Josef Ostermayer

Staatssekretär für Medien und Koordination im Bundeskanzleramt

Auf dem Weg zum digitalen Wohlfahrtsstaat

von Josef Cap

26

Am 26. Februar 2010 fand im Parlament eine Enquete zur Präsentation des SPÖ-Strategiepapers „Moderne Kommunikationstechnologie im Verständnis der SPÖ“ statt. Dieses Strategiepapier war im Rahmen einer fraktionellen SPÖ-Arbeitsgruppe (FAKT) unter maßgeblicher Einbindung des SPÖ-Parlamentsklubs in den beiden vorangegangenen Jahren erarbeitet worden. In der anschließenden Diskussion wurde das Strategiepapier mit ExpertInnen, die auch zu diesem Buch einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, diskutiert. Es ist ein Zeichen für die Qualität der Arbeit der Arbeitsgruppe, dass die Diskussionsbeiträge, aber auch das Medienecho sehr positiv ausgefallen sind.

Die Enquete beschäftigte sich mit Detailfragen, etwa wie die Digitale Dividende verteilt werden soll oder wie mit der Vorratsdatenspeicherung umzugehen sei, skizzierte jedoch auch, wie sozialdemokratische Grundwerte ins Zeitalter der digitalen Netzwerke übertragen werden können. Wie schaffen wir es, die neuen Kommunikationstechnologien allen BürgerInnen leistbar zur Verfügung zu stellen? Wie verhindern wir eine digitale Spaltung (Digital Divide) unserer Gesellschaft

27

in jene, die an der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts teilhaben können, und jene, die hinter den aktuellen technologischen Entwicklungen mit all ihren Auswirkungen zurückbleiben? Insgesamt ging es auch darum, der IKT-Branche als ganzer gerecht zu werden, sowohl aus einer gesellschaftspolitischen als auch wirtschaftspolitischen Perspektive. Zu wichtig sind die Gegenwart und die Zukunft dieser Branche, die schon heute mehr zum Bruttosozialprodukt in Österreich beiträgt als etwa die österreichische Tourismusbranche.

Die Erfindung des Internets stellt eine neue Basisinnovation, wie etwa die Erfindung des Buchdrucks, dar. Für SozialdemokratInnen stellt sich die Herausforderung, entsprechende gesetzliche wie regulatorische Rahmenbedingungen herzustellen, um fairen Wettbewerb, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit für die Akteure/Akteurinnen – wie auch für die BürgerInnen – zu gewährleisten. Der Weg zur qualitativ hochwertigen Grundversorgung, der Ausgleich von regionalen, sozialen und demografischen Verzerrungen, Sicherheit und Vertrauen darauf, dass die Bürgerrechte und die Sicherung der persönlichen Freiheitsrechte gewährleistet sind, stellen wesentliche Eckpunkte des Strategiepapers dar. Die Nutzung des Internets kann und wird unser Bildungs-, Arbeits- und Freizeitverhalten in den nächsten Jahrzehnten massiv verändern. Alle Menschen in Österreich sollen daraus einen gesellschaftlichen Mehrwert schöpfen können.

Bildung spielt bei der Vermeidung der digitalen Kluft eine zentrale Rolle. Bildungs- und Wissensdefizite entscheiden zukünftig noch stärker über die Nutzbarmachung und Schöpfung von persönlichem Mehrwert durch das Internet. Die Größe der digitalen Kluft nach Alter und Geschlecht muss verringert werden, aber auch die Kluft nach Haushaltseinkommen muss durch politische Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Aus Untersuchungen geht hervor, dass in Zukunft die Trennlinie nicht primär zwischen jenen verlaufen wird, die Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien haben, und denjenigen, die von diesem Zugang ausgeschlossen sind. Die Trennlinie wird vielmehr zwischen jenen verlaufen, die dank guter Bildung und Wissen die modernen Technologien nutzen können, und denjenigen, die aufgrund von Bildungsdefiziten keinen oder nur eingeschränkten Gebrauch von diesen machen können. Nur eine Gesellschaft, in der alle Zugang zu Wissen und Information haben und dies auch nutzen gelernt haben, wird die Vorteile der Informationsgesellschaft voll in Anspruch nehmen können, was letztlich auch für die Qualität unserer Demokratie von großer Bedeutung ist.

Die Heranführung aller BürgerInnen an die Informations- und Kommunikationstechnologien durch sinnvolle öffentliche elektronische Dienste, qualitätsvolle Inhalte à la digitales Studium an Mittelschulen und österreichischen Universitäten sowie die Entwicklung von anderen neuen Diensten und Applikationen stellen wichtige Maßnahmen dar, effizient und sinnvoll zu investieren und Chancen für alle zu bieten. Auch die Unternehmen von morgen werden anders aussehen als die von heute. Die wachsende Vernetzung der Wirtschaft durch Digitalisierung hat seit Jahren die Prozesse in und zwischen Unternehmen und Kunden stark verändert.

Das Ziel einer sozialdemokratischen IKT-Strategie ist eine offene Kommunikationsgesellschaft für alle unter Wahrung der Bürgerrechte, eine hochwertige Arbeits- und Lebenswelt und die Errichtung eines digitalen Wohlfahrtsstaates für das 21. Jahrhundert. Die Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen einen weiteren Schritt in die Zukunft. Wir müssen Sorge tragen, dass alle Bevölkerungsgruppen den Weg mitgehen können. Die Informations- und Kommunikationstechnologien sollen den Zugang zu Information, Medien, Inhalten und Dienstleistungen erleichtern, zu mehr Beschäftigung führen und zur Bekämpfung von Diskriminierungen beitragen. Wir wollen die Teilhabe aller BürgerInnen an dieser Basisinnovation und wir werden in allen gesellschaftlichen Bereichen dafür arbeiten, dass flächendeckend, über alle Generationen und Bevölkerungsgruppen hinweg, Österreich auch zukünftig international an der Wohlfahrtsspitze stehen wird.

Dr. Josef Cap
SPÖ-Klubobmann